Ende der deutschen Illusionen

Eine Mehrheit ist für militärische Zurückhaltung – doch die globalen Krisen und Partner interessiert das nicht

Der Brexit, die Abkehr der USA von Europa und der Aufstieg Chinas zur Supermacht. Das vergangene Jahrzehnt brachte zahlreiche weltpolitische Umbrüche. Sie werden auch das kommende Jahr, mithin das kommende Jahrzehnt bestimmen – zusammen mit globalen Megathemen wie künstliche Intelligenz und Klimawandel. Das Jahr 2020 beginnt mit dem Austritt der Briten aus der EU und endet womöglich mit der Wiederwahl von Donald Trump. Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Erde und bringt in Europa das größte politische Gewicht auf die Waage.

VON STEFANIE BOLZEN
UND KLAUS GEIGER

Die westlichen Verbündeten erwarten deshalb von Deutschland, dass es eine zentrale Rolle spielt bei der Lösung der globalen Probleme – und sein Gewicht als mächtige Demokratie im Kampf gegen autokratische Regime einbringt. Deshalb fordern die USA schon lange von Deutschland, sich auch stärker militärisch zu engagieren, um Sicherheit und Freiheit in der Welt zu verteidigen. Die meisten Deutschen aber sehen das nach wie vor anders: Zwar sagen 55 Prozent, dass sich Deutschland außenpolitisch stärker engagieren solle, wie aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov für WELT AM SONNTAG hervorgeht. Und nur 23 Prozent sagen, Deutschland solle sich weniger engagieren.

Aber zugleich ist der Umfrage zufolge eine klare Mehrheit von 55 Prozent der Deutschen gegen ein größeres militärisches Engagement der Bundesrepublik, nur 27 Prozent sind dafür. Deutschland, darin sind sich viele Sicherheitsexperten einig, ist mit seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht im 21. Jahrhundert angekommen. „Dass für die Deutschen das Militär als ein Instrument der Außenpolitik eine untergeordnete Rolle spielt, weist auf eine fortlaufend geringe Bedrohungswahrnehmung hin“, sagt Sophie Besch, Verteidigungsexpertin am Centre for European Reform. Zugleich sei dies ein Beweis für „ein implizites Vertrauen, dass Deutschlands Partner – vor allem in der Nato – militärisch für die deutsche Sicherheit einstehen“. Soll heißen: Man verlässt sich wie eh und je auf die Nato – Donald Trump hin oder her.

„Den Deutschen erklärt kaum jemand in der politischen Führungsspitze, dass unsere Sicherheit, unser Wohlstand, unsere Art zu leben, massiv unterwandert werden“, sagt Maximilian Terhalle, Professor of Strategic Studies an der Universität Winchester. Er hat sich unter anderem für sein im Frühjahr erscheinendes Buch „Strategie als Beruf“ mit den neuen außenpolitischen Herausforderungen der Bundesrepublik beschäftigt. Große Teile der Eliten, so ist Terhalle überzeugt, blickten immer noch auf das „gute Ende des 20. Jahrhunderts“ mit der deutschen Wiedervereinigung. Er warnt: „Dass Russland und China unsere Welt zutiefst ablehnen und längst Hand an diese gelegt haben, sagt den Deutschen kaum jemand.“

Spätestens seit der Wahl von Donald Trump steigt der Druck auf Deutschland, in Fragen der Sicherheit und Verteidigung angemessen Verantwortung zu übernehmen. Der US-Präsident drängt die Bundesrepublik bekanntlich regelmäßig dazu, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Aber auch in anderen Ländern ist die Unzufriedenheit immer stärker spürbar. In Frankreich beispielsweise „ärgert man sich darüber, dass das französische Militär die europäische Sicherheit garantieren soll“, sagt Verteidigungsexpertin Besch. Zumal Paris „die Bedrohungslage für Europa in den letzten Jahren als dramatisch verändert“ einschätze. Zuletzt war bekannt geworden, dass die Bundesregierung in diesem Jahr zwei konkrete Anfrage aus Paris nach zusätzlicher militärischer Unterstützung im afrikanischen Mali abgelehnt hat – obwohl die Zahl der islamistischen Terroranschläge vor Ort gestiegen ist. Dabei hatte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) noch vor wenigen Wochen mehr Engagement Deutschlands in der Welt gefordert. „Um unsere Werte und Interessen zu schützen“, sagte sie jüngst in einer Rede an der Universität der Bundeswehr in München. Bisher sind 1100 Bundeswehr-Soldaten in Mali im Einsatz.

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, die nach wie vor die wahrscheinlichste Nachfolgerin von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ist, trauen aber die meisten Bundesbürger bisher wenig Durchschlagskraft zu. Auf die Frage, welcher Person sie am ehesten die Lösung der globalen Herausforderungen zutrauen, nannten nur drei Prozent die CDU-Chefin. 22 Prozent nannten die Bundeskanzlerin, obwohl diese vor dem Ende ihrer politischen Karriere steht. Merkel landet in der Umfrage sogar vor dem russischen Präsidenten Wladimir Putin (20 Prozent), Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron (19 Prozent) und Donald Trump (16 Prozent). Bezeichnend auch: 29 Prozent trauen keinem Politiker die Lösung der globalen Probleme zu. Auffällig außerdem: Der Präsident des zweitmächtigsten Landes der Erde, Xi Jinping, landet mit zehn Prozent auf den hinteren Plätzen.

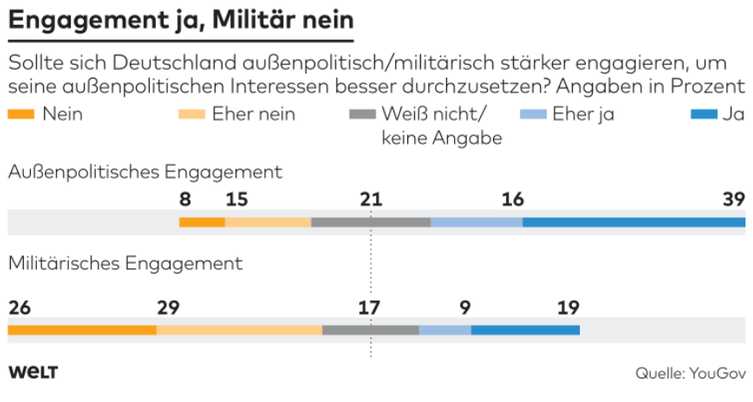
Sicherheitsexperte Terhallen kritisiert den aktuellen außenpolitischen Kurs der deutschen Regierungschefin scharf. „Die Kanzlerin sorgt dafür, dass die Deutschen sich wohlfühlen“, sagt er. „Es fehlt gegenwärtig an einer Vision für die Zukunft, in die verantwortungsstarke Politiker Deutschland führen könnten.“ Der Blick der Deutschen sei „Jahr für Jahr stärker nach innen und auf den eigenen Wohlstand und Erfolg gerichtet worden“, sagt Terhalle. Der womöglich größte weltpolitische Umbruch des 21. Jahrhunderts – der Aufstieg der kommunistischen Diktatur China vom Entwicklungsland zur zweiten Supermacht – beschäftigt bisher offenbar nur wenige Deutsche. Bei der Frage nach den größten außenpolitischen Herausforderungen des kommenden Jahres nennen nur 13 Prozent den „Umgang mit China“. Ganz vorn rangiert der Klimawandel (41 Prozent), das Thema Migration (38 Prozent), die EU-Zusammenarbeit (30 Prozent) und der Umgang mit Donald Trump (26 Prozent).

Sicherheitsexperte Terhalle warnt vor einem grundsätzlich falschen Umgang Deutschlands mit dem Land. „Die Bundesregierung will partout nicht sehen, dass Chinas Kapitalismus politischen Zielen dient, die unseren zuwiderlaufen“, sagt Terhalle. „Wandel durch Handel ist mit China falsch. China schlachtet dieses Missverständnis zur weiteren Stärkung seiner politischen Macht aus.“

Zuletzt war es zu Verwerfungen zwischen China und Deutschland gekommen, als Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sich zusammen mit dem Hongkonger Widerstandskämpfer Joshua Wong – den Peking als Separatisten verfolgt – zeigte. Die Regierung in Peking intervenierte so vehement wie selten zuvor – und Deutschland wurde einmal mehr daran erinnert, dass es sich im 21. Jahrhundert nicht mehr auf seine Rolle als Wirtschaftsnation zurückziehen können wird.

Engagement ja, Militär nein

Sollte sich Deutschland außenpolitisch/militärisch stärker engagieren, um seine außenpolitischen Interessen besser durchzusetzen? Angaben in Prozent



WELT

Quelle: YouGov

Werner Kogler, Chef der österreichischen Grünen

AFP/GETTY IMAGES

Der GRÜNE, dem Sebastian Kurz vertraut

Der Österreicher Werner Kogler ist ein klassischer Grüner. Mit dem nächsten Kanzler hat der Parteichef nicht viel gemeinsam – doch dieser wird wohl eine Koalition mit ihm eingehen. Wer ist der Mann?

VON ELISALEX HENCKEL
AUS WIEN

Knapp drei Monate später spricht sehr viel dafür, dass der grüne Herausforderer der nächste Regierungspartner eben dieses Kanzlers wird. Beide Parteien haben bestätigt, dass sie eine Einigung kurz bevorsteht. Die Grünen haben außerdem für den 4. Januar ihren Bundeskongress einberufen. Das aus knapp 300 Delegierten bestehende Parteigremium muss sowohl dem Koalitionsvertrag als auch der Ministerliste seinen Segen geben, bevor die Grünen eine Regierungsbeteiligung eingehen können. Österreichs Joschka Fischer wird also aller Voraussicht nach Werner Kogler heißen.

Wer ist der Mann, der die österreichischen Grünen aller Voraussicht nach aus der außerparlamentarischen Opposition direkt in ihre erste Regierungsbeteiligung auf Bundesebene führen wird? Wie verkauft er seiner Basis ein Bündnis mit dem Konservativen, der vor kurzem noch als Gottseibeiuns der Linken galt? Und warum vertraut ihm Sebastian Kurz?

Werner Kogler, 58, ist schon länger in der Politik, als es die österreichischen Grünen gibt. Der Steirer stammt aus der linkeren ihrer beiden Vorgängerorganisationen. Bei den Grünen machte sich der studierte Volkswirt einen Namen als Budgetexperte und Aufdecker von Finanzskandalen. 2009 wurde er stellvertretender Parteichef. Die Führung der Partei übernahm er jedoch erst 2017, als niemand anderes sich dafür hergeben wollte. Auch, weil die österreichischen Grünen sich so zerstritten hatten, dass sie aus dem Parlament geflogen waren.

Der „Trümmermann“, wie Kogler sich damals nannte, gab die Losung „rudern statt sudern“ aus: anpacken statt jammern. Fast ein Jahr lang verzichtete er auf sein Gehalt, während er parallel zur finanziellen Sanierung der hoch verschuldeten Partei eine Rückbesinnung auf die grünen Kernanliegen „saubere Umwelt, saubere Politik und Gerechtigkeit“ vorantrieb.

Er machte vor, wie man „wohnzimmertauglich“ kommuniziert: geradeheraus, auch in Hinblick auf die eigenen Schwächen und vor allem mit Schmäh (Humor) statt mit erhobenem Zeigefinger. Er versuche, die Sprache von Cem Özdemir ins Volkstümliche zu übersetzen, sagte Kogler vor Kurzem dem österreichischen Magazin „Falter“.

Kogler sei der „Grüne, vor dem man sich nicht fürchten muss“, beschreibt es der Politikberater Thomas Hofer. Einen „Pragmatiker mit Prinzipien“ nennt ihn Karin Strobl, einst Kommunikationschefin der Grünen. Kogler belehrt nicht, er missioniert nicht. Er hört zu, bevor er redet, und unterhält, wenn er dann – gerne auch länger – spricht. Und wenn es heißt, dass er sich als junger Mann mehr für Fußball und frisierte Mopeds als Politik interessiert hat, glaubt man das sofort.

Fridays for Future und die Ibiza-Affäre sorgten dafür, dass Koglers Einsatz schneller Früchte trug als erwartet. Im Herbst führte ausgerechnet der „Last Man Standing“ der alten Garde eine Truppe ins Parlament, die größer und weiblicher war als jede grüne Fraktion vor ihr. Vor mehr als einem Monat hat der erweiterte Bundesvorstand der Partei Kogler einstimmig grünes Licht für offizielle Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP gegeben. Nun dürfte Kogler sich mit Kurz auf ein Regierungsprogramm geeinigt haben, dass bereits am 2. Januar präsentiert werden könnte.

Über das Programm sowie die künftigen Minister gibt es derzeit nur Spekulationen. Laut einem Bericht der „Salzburger Nachrichten“ soll Kogler für die Grünen ein um die Bereiche Umwelt und Energie aufgewertetes Infrastrukturministerium herausverhandelt haben, sowie drei weitere Ministerien, die für Gesundheit, Soziales, Justiz, Kunst, Sport und öffentlichen Dienst zuständig sein sollen. Inhaltlich wird erwartet, dass die ÖVP den Grünen mit einem großen Klimaschutzpaket sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut und Korruption entgegen kommt – und die Grünen dafür den harten Kurs der Konservativen in der Migrationsfrage sowie weitere Steuersenkungen mittragen. Kolportiert wurde zudem, dass viele zentrale Fragen erst gelöst wurden, nachdem sie zur „Chefsache“ erklärt worden sind – also im direkten Austausch zwischen Sebastian Kurz und Werner Kogler.

Dass aus (einer Einigung im Weg stehenden) „Brocken“ irgendwann „Brücken“ wurden, wie Werner Kogler einmal die Verhandlungen beschrieben hat, war lange alles andere als klar. In den Wahlprogrammen der beiden Parteien gab es wenig Überschneidungen. Doch Werner Kogler formuliert viele Forderungen inzwischen so, dass sie Raum für Kompromisse lassen: Er bestand nicht auf dem Begriff „CO_2-Steuer“, aber darauf, dass „Umweltzerstörung einen höheren Preis bekommen“ und der Klimaschutz „massiv verbessert“ werden müsse. Er fordert nicht die Rücknahme der von den Grünen heftig kritisierten Sozialhilfereform der Vorgängerregierung, sondern eine „halbwegs erfolgreiche Bekämpfung der Kinderarmut mit mehr Chancengleichheit“. Beim Thema Migration pocht er zwar nach wie vor auf die Einhaltung der Menschenrechte, betonte aber schon im Wahlkampf auch die Notwendigkeit eines besseren Außengrenzschutzes.

Andere Positionen Koglers hätten in einer Koalition mit der ÖVP kaum Chancen auf Umsetzung. Und so hat der Pragmatiker diese in den Hintergrund rutschen lassen: Von Erbschaftsteuer, gesetzlich verankertem Mindestlohn oder Sanktionen für Länder, die sich gegen eine EU-weite Verteilung von Flüchtlingen stemmen, war seit Aufnahme der Koalitionsgespräche zumindest öffentlich kaum noch die Rede.

In seiner Partei sitzt Kogler fest im Sattel. Seine Mitstreiter vertrauen darauf, dass ihr Bundessprecher dem grünen Bundeskongress nur ein Regierungsabkommen zur Abstimmung vorlegen wird, das erkennbar eine grüne Handschrift trägt. Seine Vorvorgängerin attestierte ihm einst einen „Eisenhintern“ als Verhandler.

Auch in der ÖVP hält man viel von dem bodenständigen Steirer. Kurz wird nicht müde, die „gute Gesprächsbasis“ zu betonen, die man trotz inhaltlicher Differenzen aufgebaut habe. Zu den weiteren Eigenschaften, die aus konservativer Sicht für Kogler sprechen, zählen sein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die Lebensrealitäten auf dem Land, seine langjährige politische Erfahrung – und die Autorität, die er in der Partei genießt.

„Die Grünen treten diesmal unglaublich geschlossen und diszipliniert auf“, sagt die Politikberaterin Heidi Glück, die als Pressesprecherin von Sebastian Kurz’ Vorgänger Wolfgang Schüssel aus nächster Nähe beobachtet hat, wie ÖVP und Grüne 2003 erstmals über eine gemeinsame Regierung verhandelt haben. Sie seien deutlich besser vorbereitet und hätten durch ihre Regierungsbeteiligungen auf Landesebene einen starken Gestaltungswillen entwickelt.

Werner Kogler war schon damals dabei, er verhandelte in einer für Finanzen und Budget zuständigen Untergruppe und galt als potenzieller Staatssekretär im Finanzministerium. Nun deutet alles darauf hin, dass der zweite Versuch im Regieren ihn ins Zentrum der Macht bringen wird – als wahrscheinlicher nächster Vizekanzler Österreichs.